

Kommentar

Brennende Banlieues

Die Explosion der Cités kam nicht überraschend

MEDARD RITZENHOFEN*

„Das ist die Geschichte eines Typs, der aus der 50. Etage eines Hochhauses stürzt. Bei jeder Etage, an der er vorbeikommt, sagt sich der Typ: Noch geht alles gut, noch geht alles gut, noch geht alles gut ...“ Mit dieser kleinen Parabel zieht ein großer Film sein eigenes Resümée. Der Film heißt „La Haine“ und erzählt vom grauen Alltag dreier Halbstarker in einer Pariser Cité. Noch nie wurde die „condition inhumaine“ der Banlieue so umstandslos und so eindrucksvoll gezeigt, wie hier: Jobmangel, Frust, Langeweile, Kriminalität; schließlich eine beiläufige Konfrontation mit der Polizei, die in der ungewollten, aber fahrlässigen Erschießung eines der drei jugendlichen Antihelden eskaliert. Der 28-jährige Regisseur *Mathieu Kassovitz* wurde für „La Haine“ auf dem Filmfestival in Cannes mit dem Preis für die beste Regie ausgezeichnet; das Publikum war begeistert. Das war vor zehn Jahren.

Ebenfalls vor zehn Jahren stieg *Jacques Chirac* in den Élysée-Palast auf. Die Krönung einer langen politischen Karriere verdankte der Neogaullist seinem Versprechen, die „fracture sociale“ zu schließen. In seinem programmatischen Buch „La France pour tous“ (1994) ließ er unter der Überschrift „L'urgence“ verlauten: „Dringlich ist vor allem die

Situation in gewissen Banlieues, wo das Recht, angefangen mit dem Recht auf Sicherheit, mit Füßen getreten wird. Es ist inakzeptabel, dass in Frankreich am Ende des 20. Jahrhunderts regelrechte 'Favelas' den Nährboden für mafiose Strukturen bilden. Die Jugendlichen dort werden mit ihrem schulischen Scheitern ins Abseits gedrängt und sind zum Schlimmsten bereit. Eine permanente Unsicherheit untergräbt jede ökonomische Initiative; die unkontrollierte Einwanderung macht die Situation noch dramatischer.“

Dass im zehnten Jahr der Ära *Chirac* die Banlieues so dramatisch auf sich aufmerksam machen sollten, schreckte selbst die Nation auf, die an Protesten und Krawallen einiges gewohnt ist. Während drei Wochen erlebten Frankreichs Vorstädte eine anarchische Gewaltwelle sondergleichen. Die Jugend der Cités, die nicht mehr viel zu verlieren hat, hielt Polizei und Feuerwehr während 20 Nächten im Dauereinsatz. Presse und Fernsehen warteten mit teilweise apokalyptischen Bildern auf. Rund 9 000 Autos wurden abgefackelt. Auch vor Einkaufszentren, Schulen, Kindergärten und Altenheimen machte die Zerstörungswut nicht Halt. In Carpentras wurden Brandsätze auf eine Moschee ge-

* *Medard Ritzenhofen* lebt als freier Journalist in Paris / Straßburg.

schleudert, in Romans fing eine Kirche Feuer. Keine der großen Städte blieb von dem nächtlichen Chaos verschont. Insgesamt wurden rund 100 öffentliche Gebäude und etwa 100 private Geschäfte und Firmen zerstört oder beschädigt. Immer wieder kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und der Polizei. Die Regierung wusste sich schließlich nicht anders zu helfen, als den Notstand über das Land zu verhängen.

Jugend ohne Job

Wenn Ausmaß und Intensität der Krawalle überraschten, so kam diese Gewaltexplosion keineswegs aus heiterem Himmel. Seit Jahrzehnten firmieren die Probleme der Vorstädte auf den Agenden aller politischen Parteien. Sämtliche Medien von der Regenbogenpresse über Langzeitreportagen bis hin zu wissenschaftlichen Fachzeitschriften berichten regelmäßig über den „Brennpunkt Banlieue“ (siehe auch DOKUMENTE 5/1993). Sowohl im Roman als auch im Kino sind die tristen Lebenswelten und anarchischen Subkulturen der Cités als Sujet so etabliert, dass sich von einem literarischen und cineastischen Banlieue-Genre sprechen lässt.

Über zu wenig Aufmerksamkeit konnten sich die Vorstädte nie beklagen, über mangelnde Zuwendungen auch nicht. Der häufig zu hörende Vorwurf, die Cités seien im Stich gelassen worden, trifft nicht zu. Seit drei Jahrzehnten pumpt der Staat viele Milliarden in seine urbanen Problemzonen. 1977 wurde das Wohnungsbauprogramm „Habitat et vie sociale“ entwickelt. Die erste sozialistische Regierung rief 1981 eine „Commission nationale du développement social des quartiers“ ins Leben. Acht Jahre später half das städtebauliche Projekt „Banlieue 89“ 120 Bürgermeistern, den unwirtschaftlichsten ihrer Gemeinden ein ansprechenderes Aussehen zu geben. 1990 wies eine offizielle Untersuchung 700 „sensible Zonen“ der Banlieues aus. Darauf-

hin wurde ein eigenes Ministerium für den Städtebau geschaffen. 1995 versprach Chirac einen „Marshallplan“ für die Vorstädte.

Es blieb nicht bei viel Geld und guten Worten. Bataillone von Sozialarbeitern, Streetworkern und Arbeitsvermittlern wurden in die Vorstädte geschickt, Jugendhäuser und Sportplätze eingerichtet. Da und dort sprengte man die schäblichsten Mietskasernen. Mehr als ein Bürgermeister konnte ein vorbildliches Management in einem heißen Quartier vorweisen. Doch die Cités lassen sich nicht liften. „Le mal des banlieues“ steckt in diesen selbst, in deren urbaner Randlage, die die „exclusion sociale“ vorprogrammiert.

Das aus dem 13. Jahrhundert stammende Wort „banlieue“ bezeichnete früher die „Bannmeile“ einer Stadt, dort wo im Mittelalter der Galgen stand und sich jenes lichtscheue Gesindel herumtrieb, mit dessen Benennung Innenminister Nicolas Sarkozy an die Adresse der marodierenden Jugendlichen einen Sturm der Entrüstung auslöste. Wo in früheren Zeiten die Stadtmauer die Grenze zwischen intra muros und Außenbezirken bildete, ist es heute die Ringautobahn mit dem für sich sprechenden Namen „Périphérique“, die Paris von seinen Banlieues trennt. Wegen der historisch negativen Konnotation der Banlieue sind deren Bewohner schon seit geraumer Zeit dazu übergegangen, ihre Wohnorte „Cités“ zu nennen. Dieser Begriff ist wiederum euphemistisch, denn den Hochhaussiedlungen fehlt der langfristig gewachsene, vielfältige Charakter einer Stadt. Wer es sich leisten konnte, verließ die unwirtschaftlichen Trabantenstädte. So kam zu der urbanen Sterilität eine ethnische Konzentration, die vielfach zu regelrechten Ghettos geführt hat. Verschärft wurde diese Entwicklung durch eine massive unregulierte Einwanderung. Die Vorstädte, in denen ohnehin die sozial schwächeren Schichten lebten, waren den demographischen Schüben aus dem Maghreb und Schwarzafrika in keiner Weise gewachsen.

Ein gestandenes Einwanderungsland, wie es Frankreich ohne Zweifel ist, hätte mit diesen Problemen noch fertig werden können, wenn nicht seit mehr als 20 Jahren die Massenarbeitslosigkeit sowohl das Integrations- als auch das gesamte Sozialmodell infrage stellen würde. Solange Wirtschaft und Industrie in der Aufschwungphase der „Trente Glorieuse“ einen steigenden Bedarf an Arbeitskräften meldeten, fanden auch die Einwanderer ihren Platz in Frankreich. In der postindustriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft fällt es der aus der Immigration ihrer Großeltern hervorgegangenen französischen Jugend aber weitaus schwerer, sich zu behaupten. Weist Frankreich mit 23 Prozent die höchste Jugendarbeitslosigkeit in der EU auf, so kann diese in den Banlieue-Ghettos bis zu 70 Prozent erreichen.

Die nicht nur gut gemeinten, sondern häufig auch gut gemachten Projekte, die die Cités städtebaulich und sozial rehabilitieren sollen, bleiben marginales Stückwerk, wenn sich im nationalen Maßstab nicht die Situation auf dem Arbeitsmarkt entspannt. Wer seinen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten kann, kommt aus dem Teufelskreis von Isolation, Verarmung und Verrohung kaum heraus. Gerade für die Banlieue-Jugend gilt: Ein Job ist nicht alles, aber ohne einen Job ist alles nichts. Mit jeder abschlägig beschiedenen Bewerbung steigen Frustration und Aggression. Um das Ausmaß letzterer zu ermessen, genügt ein Blick auf die Statistik: Noch bevor die konzertierten November-Krawalle ausbrachen, waren allein im laufenden Jahr rund 28 000 Autos in Brand gesteckt oder demoliert worden, ein Drittel davon Polizeiwagen. Als Innenminister Sarkozy diese Zahlen am 25. Oktober bekanntgab, blieb das Echo bescheiden. Als sich zwei Tage später in den Banlieues die Nachricht wie ein Lauffeuer verbreitete, zwei Jugendliche seien von der Polizei in den Tod gehetzt worden, standen die französischen Cités in kurzer Zeit in Flammen.

Verrohung der Sprache

Was war geschehen? Am 27. Oktober werden drei Jugendliche aus Familien mit malischer und tunesischer Herkunft in dem Pariser Vorort Clichy-sous-Bois von der Polizei für eine routinemäßige Kontrolle angehalten. Um dem lästigen Verhör zu entgehen, ergreifen *Banou*, *Ziad* und *Metin* die Flucht und verstecken sich einem Trafohaus der Elektrizitätswerke. Dort werden der 15-jährige *Banou* und der 17-jährige *Ziad* von einem 20 000-Volt-Schlag getötet, der 21-jährige *Metin* kommt schwerverletzt mit dem Leben davon. In Clichy-sous-Bois, wo fast die Hälfte der 28 000 Einwohner jünger als 25 Jahre ist, mit Vorfahren mehrheitlich aus Afrika, dem Maghreb und der Türkei, gilt es als ausgemacht, dass die Polizei die Jugendlichen in den Tod getrieben hat. Diese Version wurde nicht offiziell bestätigt. Tatsache aber ist, dass in vielen Vierteln schikanöse Ausweiskontrollen für junge farbige Franzosen zum Alltag gehören. Dass sie dabei von der Polizei häufig härter angepackt werden als ihre weißen Altersgenossen, ist ein offenes Geheimnis. So befinden sich in vielen Cités Jugendliche und Ordnungskräfte in einem permanenten Belagerungszustand. Die tödlichen Stromstöße in Clichy-sous-Bois waren der Funke, der zu einem Flächenbrand in Frankreichs Vorstädten führte. Dass nur einen Tag zuvor der Innenminister bei einem aggressiven Empfang in Argenteuil die steinewerfenden Rabauken als „*racaille*“ (Gesindel, Pack) bezeichnet hatte, war Öl ins Feuer. Nicolas Sarkozy musste für seine Wortwahl viel Kritik einstecken. Der Innenminister, der bereits im Sommer kundgetan hatte, der Vorstadt-Kriminalität mit dem „Kärcher“-Hochdruckreiniger zu Leibe zu rücken, fällt nicht gerade durch sensibles Vokabular auf. Gerade in dieser Hinsicht ist der selbst ernannte Saubermann, in dem die Banlieue-Jugend ihren Lieblingsfeind gefunden hat, dieser aber recht nahe. Denn der Verfall der Sitten und sozialen Ordnung in vielen Cités wurde be-

gleitet von einer beispiellosen Verrohung der Sprache, die über das traditionelle Argot weit hinausgeht. Der Rap, aber auch die Romanliteratur haben den so genannten „Verlan-Slang“ salonfähig gemacht. So scheute sich der Philosoph Jean Baudrillard nicht, seinen Kommentar zur der Banlieue-Revolution in der Zeitung „Libération“ (18. 11.) mit dem indiskutablen „Nique ta mère!“ zu betiteln. Während die Medien dem Innenminister dessen verbale Kraftmeierei nicht durchgehen lassen, biedert man sich zugleich mit übelsten Zitaten dem Protestjargon der Jugend an.

Nihilismus und Notstand, Chiracs späte Reaktion

Bei allem Verständnis für die Probleme der Banlieue darf der destruktive Charakter des dreiwöchigen Aufruhrs nicht übersehen werden. Ganz im Gegensatz zur der akademischen Revolte von 1968 wurde der Gewaltausbruch in den Cités von keiner politischen Vision beflügelt. Wo die Zerstörungslust auch vor Übergriffen auf Sozialeinrichtungen wie Schulen und Kindergärten nicht Halt macht, entlarvt sich die soziale Rebellion als nihilistische Randalie.

Dass die Regierung der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung oberste Priorität gab, versteht sich von selbst. Insgesamt 9 500 Polizisten und Gendarme wurden in den von den Krawallen heimgesuchten Vororten aufgeboten. Auf den Einsatz des Militärs, wie ihn der ultrakonservative Philippe de Villiers und der Rechtsextreme Jean-Marie Le Pen gefordert hatten, wurde klugerweise nicht zurückgegriffen. Von kaum minderer symbolischer Bedeutung war allerdings das am 8. November vom Kabinett per Verordnung beschlossene Notstandsrecht, auf das die Präfekten bis in den Februar 2006 zurückgreifen können. Damit sind noch nicht dem „Polizeistaat“ Tür und Tor geöffnet wie „Libération“ mutmaßte. Der Begriff „état d'urgence“ klingt letztlich dramatischer, als es

seine realen Konsequenzen sind, die sich im Wesentlichen auf die nächtliche Ausgangssperre für Minderjährige in 25 Départements beschränkten. Im Übrigen begrüßte eine Mehrheit der Franzosen das Notstandsrecht. Dies erhält jedoch dadurch eine gewissermaßen zynische Note, dass es zum letzten Mal 1955 angewandt wurde, als die französische Regierung versuchte, der blutigen Aufstände in den zwei algerischen Départements Herr zu werden. Die Exhumierung eines Notstandsrechtes aus der Zeit des Kolonialismus, das sich seinerzeit gegen die rebellischen „indigènes de la République“ richtete, können deren in Frankreich geborenen Nachfahren durchaus als politische Geschmacklosigkeit empfinden.

Notstandsrecht, Versammlungsverbot, sofortige Ausweisung ausländischer Randalierer: Die Regierung zeigte Härte, wohl wissend, dass sich die Antwort auf das augenfällige Banlieue-Desaster nicht in staatlicher Repression erschöpfen konnte. Zunächst aber fiel das Schweigen – um nicht zu sagen Untertauchen – des Staatspräsidenten auf. Chirac hielt es für ratsam, seinen Kronprinzen de Villepin mit dem Krisenmanagement zu betrauen. So oblag es dem Regierungschef, in der „Stunde der Wahrheit“ den Erlass zur Notstandsgesetzgebung zu verkünden. Erst am 14. November, als der Aufstand nach 19 Tagen bereits deutlich an Kraft verlor, meldete sich der Staatschef mit einer zwölfminütigen Fernsehansprache beim Volk zurück. In gewohnt staatsmännisch-paternalistischem Ton beklagte er „eine Sinnkrise, eine Orientierungskrise, eine Identitätskrise“. Den Kindern der brennenden Cités versicherte er, dass sie alle „Töchter und Söhne der Republik“ seien, die das Glück hätten, „der französischen Gemeinschaft“ anzugehören.

Die Brandstifter, die dem Biedermann überhaupt zuhörten, werden sich bedankt haben. Denn so richtig Chirac im Grundsätzlichen lag, so schien er doch der realen Situation weit entrückt zu sein. Als konkrete be-

schäftigungspolitische Maßnahme kündigte der Präsident einen Bürgerdienst an, mit dem im Wahljahr 2007 50 000 Jugendliche versorgt werden sollen. Dieser „service civil volontaire“ beinhaltet die Ausweitung der berufsvorbereitenden Ausbildung bei Militär und Polizei, eine Aufstockung von befristeten Jobs unter Aufsicht der Arbeitsagentur ANPE sowie eine höhere Zahl von bezahlten Volontariaten bei Sozialorganisationen. Flankierend dazu versprach der Premierminister eine Reihe von Maßnahmen. So sollen die Mittel für 20 000 befristete Arbeitsverträge bereitgestellt werden. Die 2002 verringerten Subventionen an Vereine in den Cités werden wieder erhöht. Ebenso wird die Zahl der Hilfslehrer an 1 200 Schulen um 5 000 aufgestockt. Aufhorchen ließ das Angebot an Schulversager, das Eintrittsalter für den Beginn einer beruflichen Lehre von 16 auf 14 Jahre zu senken.

Zweifellos weisen diese Maßnahmen in eine vernünftige Richtung, ob sie den Bann der auf der Banlieue liegt, brechen können, scheint aber zweifelhaft. Nur richtige Arbeit für ordentliches Geld gibt desillusionierten Jugendlichen Selbstwertgefühl plus Perspektive. Aus dem Hut gezauberte Gelegenheitsjobs bleiben eine halbe Sache.

Doch Patentrezepte gibt es nicht, weder auf Seiten der Linken noch bei den Rechten. Die unter der sozialistischen Regierung eingeführte bürgernahe „police de proximité“ für überflüssig zu halten und kurzerhand abzuschaffen, war eine gefährliche Dummheit von Innenminister Sarkozy. Auf der anderen Seite verdient dessen Konzept der „positiven Diskriminierung“, das Immigrantenquoten für maßgebliche Positionen und Berufsgruppen vorsieht, die Probe aufs Exempel. Der aus einer algerischen Einwandererfamilie stammende „Minister für die Förderung von Chancengleichheit“ Azouz Begag kann als Repräsentant von Millionen Citoyens mit fremder

Abstammung seine Alibifunktion kaum abschütteln. Begag war während der Krawalle zum ersten Mal öffentlich aufgefallen, als er den harschen Tonfall Sarkozys kritisierte und bekannte: „Wir tragen alle Verantwortung für die Aufstände.“

Imageschaden und Identitätskrise

Auf jeden Fall trägt ganz Frankreich einen Imageschaden davon, der neben der auf 500 Millionen Euro veranschlagten „facture des émeutes“ („Le Figaro“) noch gar nicht abzuschätzen ist. Nach dem politischen Debakel 2002, als der Rechtsextreme *Le Pen* in die Stichwahl um das Präsidentenamt gelangte, und dem Tort, den die Nation mit ihrem abschlägigen Verfassungsreferendum Europa angetan hat, sorgt Frankreich mit der Explosion seiner Vorstädte zum dritten Mal weltweit für alarmierende Schlagzeilen. Dabei ist die schlechte Presse im Ausland noch nicht das Schlimmste. Viel zu oft und zu nachdrücklich wurde das so genannte „modèle français“ beschworen, als dass nach dem Wahlschock von 2002 und dem Europa-Affront am 29. Mai die Banlieue-Jacquerie nicht als „une troisième blessure identitaire“ (*Jean Daniel*) empfunden werden müsste. Dennoch ist es vorschnell, mit zahlreichen auch deutschen Kommentatoren zu behaupten, das französische Integrationsmodell sei gescheitert. Dafür hat das Land zu viele Generationen von Einwanderern vorbildlich eingegliedert.

Der Hauptgrund für „la révolte des banlieues“ war die soziale Ungerechtigkeit, insofern steht sie in einer gewissen Tradition der „France rebelle“. Trotzdem bietet sich der Nation nach drei Wochen nächtlicher Anarchie, und nicht nur wegen 10 000 demolierter Autos, das Bild eines immensen Scherbenhaufens.